78. Jahrgang. Nr. 489 — Dienstag, 17. Oktober 1933

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich RM. 3.20 (einschließl. 70 Pfg. Trägerlohn), durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 64 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise: 30 mm breite Grundzeile 36 Pfg., auswärts 40 Pfg. Abschlag und Rabatte nach Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ermäßigte Preise. Off.-Gebühr 30 Pfg. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Unerhörte Zumutungen an Deutschland

Neurath spricht vor der Auslandspresse

Berlin, 16. Okt. Reichsaußenminister Freiherr v. Neurath unterrichtete heute die ausländische Presse über die Gründe und Ziele der am Sonnabend getroffenen Entscheidungen der Reichsregierung. Er knüpfte dabei an die bedeutsamen Sätze der letzten Rundfunkrede des Reichskanzlers an, in denen es unter anderem hieß: „Kein Krieg kann Dauerzustand der Menschheit werden, kein Frieden kann die Verewigung des Krieges sein. Die bewußte Deklassierung Deutschlands, die darin liegt, daß man jedem Volk der Welt ein selbstverständliches Recht zubilligt, das nur dem deutschen Volke allein vorenthalten wird, empfinden wir als die Verewigung einer Diskriminierung, die für uns unerträglich ist." Damit ist, so führte der Reichsaußenminister aus, die Kernfrage klar gekennzeichnet.

Will man die Teilung der Völker in Sieger und Besiegte verewigen, oder endlich den Grundsatz anerkennen, daß alle Staaten gleichberechtigte Mitglieder der Völkergemeinschaft sind? Dies ist entscheidend für jede internationale Friedensarbeit.

Am letzten Sonnabend ist in Genf klar zutage getreten, daß man dem deutschen Volk in einer seiner höchsten Existenzfragen, in der Frage seiner nationalen Sicherheit, die Gleichberechtigung versagt. Damit haben die Mächte das Fundament zerstört, auf dem allein sich ein ehrliches und fruchtbares Zusammenwirken der Völker denken läßt.

Mit dem offenbaren Willen zur grundsätzlichen Diskriminierung Deutschlands haben sie den Grundgedanken des Völkerbundes verletzt.

haben sie selbst bekundet, daß sie auf eine aufrichtige und reale Zusammenarbeit mit Deutschland keinen Wert legen. Das deutsche Volk würde sich selbst dissamieren und würde nicht ehrlich handeln, wenn es trotz dieser Sachlage seinerseits den Schein einer solchen Zusammenarbeit aufrechterhalten wollte. Deutschland hat die Forderung der Gleichberechtigung seit dem Tage erhoben, an dem sein Eintritt in den Völkerbund zum ersten Male zur Diskussion gestellt wurde. Sie stand schon im Mittelpunkt der diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und den damaligen Ratsmächten, die Ende 1924 dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorausgingen. In der ersten amtlichen Kundgebung des Völkerbundsrates an die deutsche Regierung vom Dezember 1924 stehen die folgenden Worte, die ohne jeden Kommentar für sich selbst sprechen:

„Der Rat nimmt Kenntnis davon, daß die deutsche Regierung in Ansehung der Voraussetzungen, unter denen Deutschland in den Völkerbund einzutreten wünscht, auf jede Absicht verzichtet, für Deutschland besondere Vergünstigungen zu verlangen, daß sie aber erwartet, daß dieser Eintritt sich auf dem Fuße der Gleichberechtigung vollzieht. Der Rat stellt fest, daß die zehn befragten Regierungen, d. h. die Ratsmächte, über diese Voraussetzung völlig einig sind."

Diese Feststellung allein konnte die Grundlage für die Haltung Deutschlands in der Abrüstungsfrage sein. Auch in dem Schlußprotokoll der Konferenz von Locarno, die ja den Weg für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund endgültig freimachen wollte, wurde die Lösung des Abrüstungsproblems als wichtigste Aufgabe des Völkerbundes gekennzeichnet. Denn es war klar, daß ohne gerechte Lösung dieses Problems von einer wirklichen Gleichberechtigung des restlos entwaffneten Deutschlands nicht die Rede sein konnte.

Der Minister erinnerte dann an das unaufrichtige diplomatische Spiel um die Vermehrung der Ratssitze Anfang 1926, das im März 1926 zu dem beschämenden Scheitern des deutschen Eintritts führte, und sagte weiter: Aber die einstimmige Aufnahme Deutschlands, die dann im Herbst desselben Jahres erfolgte, konnte angesichts der vorausgegangenen amtlichen Verlautbarung des Rates über die deutsche Gleichberechtigung politisch nicht anders gewertet werden, als die feierliche Zusage aller im Völkerbund vertretenen Regierungen zu der Auffassung, daß sie von jetzt an in der Abrüstungsfrage auf der Grundlage der deutschen Gleichberechtigung aufbauen würden. Der Minister wies dann auf die in den folgenden Jahren von deutschen Vertretern in Genf gehaltenen Reden hin, in denen Deutschland stets auf die Einlösung jener Zusage gedrungen hat, und auf

die deutschen Warnungen, daß das Schicksal des Völkerbundes besiegelt sei, wenn er an der Aufgabe der Durchführung der allgemeinen Abrüstung und damit der Herstellung der Gleichberechtigung Deutschlands scheitern würde.

Niemand konnte an dem Ernst Deutschlands mehr zweifeln, als es sich im Sommer v. J. wegen der damals schon offenbar werdenden Verweigerung der Gleichberechtigung von der Abrüstungskonferenz zurückzog.

Der Reichsaußenminister schilderte dann die Bemühungen um das Zustandekommen der Fünf-Mächteerklärung mit der ausdrücklichen Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung. Er ging dann auf den Macdonald-Plan ein, der wenigstens einen brauchbaren Rahmen für die Durchführung der allgemeinen Abrüstung und damit für die Verwirklichung der deutschen Gleichberechtigung darstellte und der am 9. Oktober in zweiter Lesung durchberaten werden sollte.

Sir Simon verläßt die Konferenzgrundlage

Als man so aber endlich an den entscheidenden Punkt der Verhandlungen kam und die hochgerüsteten Staaten über ihren Abrüstungswillen Farbe bekennen sollten, so fuhr Freiherr v. Neurath fort, setzte bezeichnenderweise diejenige Wendung ein, die in der Erklärung des Herrn englischen Außenministers vom Sonnabend ausmündete. Die Grundlage für diese Wendung ist in den Pariser Verhandlungen zwischen der französischen, englischen und amerikanischen Regierung geschaffen worden.

Als wir nach diesen Verhandlungen wieder an den diplomatischen Besprechungen beteiligt wurden, mußten wir mit Enttäuschung und Entfremden feststellen, daß die bisherige Grundlage der Konferenzgrundlage gar nicht mehr bestand.

Es stellte sich heraus, daß der englische Plan von seinen Urhebern nicht mehr anerkannt wurde und daß man ihn grundlegend ändern wollte. Gegenüber diesem Entschluß die mit so viel Mühe aufgebaute Grundlage für ein befriedigendes Abrüstungsabkommen einseitig zum Nachteil Deutschlands wieder zu beseitigen und sich damit über die Dezembervereinbarung hinwegzusetzen, gab es für uns nur noch eine Antwort: Den Austritt aus der Konferenz.

Die Staatsmänner und Diplomaten aber, die an den Verhandlungen beteiligt waren, sind durch unseren Schritt in keiner Weise überrascht worden. Wir haben während der letzten Genfer Besprechungen mit aller Deutlichkeit auf die Konsequenzen hingewiesen, die wir ziehen müßten, wenn man uns in der jetzt geplanten Weise die Gleichberechtigung versagen würde.

Mit Befriedigung stelle ich fest, daß es während dieser letzten Verhandlungen von seiten der Vertreter der Vereinigten Staaten und Italiens nicht an ernsten Bemühungen gefehlt hat, zu vermitteln.

Alle diese Bemühungen scheiterten aber an dem Bestreben anderer Mächte, eine Einheitsfront gegen Deutschland zustande zu bringen.

Ebenso wie unser Anspruch auf Gleichberechtigung schon früher zum Vorwand genommen wurde, um uns als Störenfried der Abrüstungsverhandlungen zu diskreditieren, wird dies auch jetzt wieder versucht. Demgegenüber muß ich mit aller Entschiedenheit auf den Zweck der Abrüstungskonferenz und den Sinn der Abrüstung überhaupt hinweisen.

Das Ziel ist erstens eine möglichst weitgehende **Herabsetzung des Rüstungsniveaus der Welt und eine** klare vertragliche Festlegung dieses Niveaus. Das Ziel ist zweitens der Rüstungsausgleich zwischen den bereits abgerüsteten und hochgerüsteten Staaten.

Nach Hinweis auf die gewaltigen Rüstungsunterschiede fragte der Minister: Kann es der Sinn eines Abkommens über allgemeine Abrüstung sein, einen derartigen, den elementarsten Rechts- und Lebensansprüchen eines großen Volkes widersprechenden Zustand zu verewigen oder auch nur auf Jahre hinaus zu verlängern? Während der Verhandlungen der letzten Woche sind wir bemüht gewesen, auf der Gegenseite hierfür Verständnis zu erwecken. Das ist uns nicht gelungen.

Jetzt behauptet man, wir hätten durch neue, ganz ungebührliche und über die früheren weit hinausgehende Forderungen eine Verständigung unmöglich gemacht. Diese Behauptung schlägt den Tatsachen ins Gesicht.

Frhr. v. Neurath nahm Bezug auf die Instruktion an die deutsche Botschaft in London, die den deutschen Standpunkt noch einmal endgültig feststellt, und erklärte: Ich habe in der Instruktion betont, die Grundlage unserer Stellungnahme zum Abrüstungsproblem sei unser Anspruch auf Gleichberechtigung, der durch die Fünfmächteerklärung vom 11. Dezember anerkannt sei. Wir hielten an dem englischen Plan und an einer Konventionsdauer von 5 Jahren fest, lehnten den Gedanken einer Bewährungsfrist ab und bestanden darauf,

daß die Verwirklichung unserer Gleichberechtigung nicht erst nach Jahren, sondern alsbald beginnen müsse.

Wir seien bereit, die Umwandlung der Reichswehr in ein kurz dienendes Heer sofort in Angriff zu nehmen. Welche Bewaffnung dieses Heer haben müsse, würde jedoch erst klargestellt werden können, wenn bekannt sei, welche konkreten Abrüstungsmaßnahmen hinsichtlich des Kriegsmaterials von den hochgerüsteten Staaten übernommen werden würden. **Wir lehnten unserseits kein Waffenverbot als zu einschneidend ab, wenn es auf alle Staaten in gleicher Weise Anwendung fände. Wir seien sogar bereit, auf die Zuteilung aller Waffen Verzicht zu leisten, zu deren Vernichtung innerhalb einer bestimmten Frist die hochgerüsteten Staaten sich verpflichteten, und deren weitere Verwendung international verboten werde.** Wir legten hiernach Wert darauf, baldigst zu erfahren, welche Waffenarten nach der Auffassung der maßgebenden Länder verboten und vernichtet werden sollten. Hinsichtlich derjenigen Waffen, für die im englischen Plan

(Fortsetzung siehe Seite 21)

Am Wendepunkt

Die große außenpolitische Aktion des Austritts aus dem Völkerbund und des Rückzugs von der Genfer Abrüstungskonferenz war für die ganze Welt — das haben alle ausländischen Kommentare der Politiker, der Parlamentarier und der Presse gezeigt — vollkommen überraschend. Man war seit vierzehn Jahren zu sehr gewohnt, daß man Deutschland immer wieder Unmenschliches bieten könne, ohne befürchten zu müssen, daß auch uns einmal der Geduldsfaden reißen würde. Schon hatte man in Genf, in Paris und in London vergessen, daß die Geduld des nationalen Deutschlands nicht mit der Unterwerfungsbereitschaft des Novembersystems verwechselt werden darf. So wurde, was die Welt nach all dem, was uns Genf angetan hatte, von der Sanktion des Raubes Oberschlesiens und des Memelgebietes bis zur Verweigerung der Zollunion mit Oesterreich, nicht mehr glauben wollte, plötzlich unerwartet zur Tatsache: Deutschland kehrte der größten politischen Komödie der Weltgeschichte den Rücken, als sich dort die bis an die Zähne bewaffneten Militärstaaten anschickten, das waffenlose Deutschland zum Sündenbock ihrer Abrüstungsfeindschaft zu stempeln. Es macht der Umsicht der deutschen Politik alle Ehre, daß sie den entscheidenden Entschluß, den sie in all seinen Folgen sicher genau erwogen hat, nicht eine Sekunde zu früh der Weltöffentlichkeit bekanntgab. Dieser Augenblick war gekommen, als der englische Außenminister in Genf sogar die chauvinistischen Pariser Heißsporne an Sabotagewillen zu übertreffen suchte. Mit einem Schlage wurden durch Deutschland die stickigen Nebel der Genfer Atmosphäre zerrissen, die Welt erwachte aus ihrer gleichgültigen Trägheit, ja man kann sagen, daß alle Völker in jenen denkwürdigen Stunden, als der Draht die ersten Nachrichten des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund brachte, den Atem angehalten haben. Diese Stimmung beherrschte alle ersten Kommentare, auch dort, wo man, wie in Paris, nach anfänglicher Bestürzung Deutschland mit einer Flut der üblichen Vorwürfe und Beschuldigungen überhäufte, unter denen hier und da auch nicht die Drohung fehlte, man müsse vorbeugende Sanktionsmaßnahmen durch Besetzung des Rheinlandes treffen.

Dieses erste Echo der Ueberraschung, der Bestürzung und der Ratlosigkeit hat sich für uns letzten Endes als sehr wertvoll erwiesen, denn es hat das Interesse der Weltöffentlichkeit für die Rede des Führers in einem so hohen Maße gesteigert, daß sie schließlich eine Zuhörerschaft fand, wie sie in gleichem Maße noch kein Staatsmann der Welt besessen hatte. Und zwar gilt das nicht nur von den ungezählten ausländischen Rundfunkhörern, die zu einem großen Teil sogar Gelegenheit hatten, die Worte des Führers in ihrer Muttersprache zu hören, sondern von den Zeitungslesern der anderen Nationen schlechthin. Wir hatten uns bisher stets zu beklagen, daß die ausländische Presse nicht nur die großen außenpolitischen Reden des Reichskanzlers in schlechten Auszügen wiedergab, sondern daß sie gerade die entscheidenden Stellen zu unterschlagen pflegte und durch diese einseitigen Kürzungen oft an Fälschungen grenzende Entstellungen vorgenommen hat. Bei dem ungeheuren Interesse des Publikums war dies zum ersten Male nicht mehr möglich. So hat namentlich die englische Presse durch Sonderausgaben für die weitestgehende Verbreitung des vollen Wortlautes der Kanzlerrede gesorgt.

Man kann in der englischen Oeffentlichkeit sogar einen gewissen Meinungsumschwung feststellen. Großbritannien ist durch die deutsche Entscheidung geradezu in Verlegenheit versetzt worden. In den englischen Sonntagsblättern findet sich die bezeichnende Feststellung, daß der Beschluß der Reichsregierung, dem Völkerbund abzusagen, durch die Rede des britischen Außenministers am Sonnabend früh verursacht worden sei. Die deutsche Aktion sei somit die Folge der Politik Simons, der viele Kreise, namentlich auch konservative, einen Mangel an Aufrichtigkeit vorwerfen. Die persönliche Verantwortung Simons wird also mit einer geradezu überraschenden Offenheit betont. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß die bittere Kritik der deutschen Oeffentlichkeit an dem Verhalten Sir Simons, der Frankreich zuliebe sogar den Abrüstungsplan Macdonalds aufgegeben hatte, starke Beachtung findet. Vielleicht am bezeichnendsten dafür, daß die Engländer in ihrer Gesamtheit wesentlich anders als der Außenminister denken, ist eine Rede, die Herr Bartlett, der außenpolitische Sachverständige der British Broadcasting Corporation am Sonntag im Rundfunk hielt. Er machte die Millionen seiner Zuhörer darauf aufmerksam, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hinter der Reichsregierung stünde, und er empfahl, daß England versuchen solle, dem deutschen Standpunkt entgegenzukommen. Wörtlich sagte er: „Wir können gegenüber den Deutschen so fest sein, wie wir wollen, wenn wir ihnen gegenüber gerecht sind. Ich bin von ihrer Verzweiflung und geradezu tollen Aufrichtigkeit überzeugt." Demgegenüber ist interessant, daß der englische Außenminister, ungeachtet der Kritik, die seine Haltung bei seinen eigenen Landsleuten findet, immer noch zu denjenigen gehört, die in Genf bei der Sonntagsbesprechung der Hauptmächte über die Antwort an Deutsch-